

Koalition entlastet die Krankenhäuser

Soforthilfe für Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Milliarden Euro

Die Krankenhäuser in Deutschland erhalten eine kräftige Finanzspritze. Am Freitag hat der Bundestag dafür den Gesetzentwurf zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung beschlossen. Danach werden den Krankenhäusern in diesem und im nächsten Jahr insgesamt rund 1,1 Milliarden Euro Soforthilfe zur Verfügung gestellt.



Foto: picture alliance / dpa

Die Soforthilfe für Krankenhäuser soll noch im August bei den Kliniken ankommen - das ist insbesondere auch für die Krankenhäuser in Bayern eine gute Nachricht. Vor allem wegen der qualifizierten Arbeit der Ärzte und Pflegekräfte ist es angemessen, die diesjährigen Tariflohnsteigerungen der Kliniken auf diesem Wege teilweise auszugleichen. Die Mittel sollen auch helfen, durch mehr Hygiene tödliche Klinikinfektionen einzudämmen. Zuschläge sollen die sogenannte doppelte Degression - eine Art Kostenbremse für Kliniken - abmildern. Unbeteiligte Krankenhäuser sollen nicht mehr bestraft werden, wenn zusätzlich Patienten versorgt werden. Um den Kliniken auch für die Zukunft wirksam unter die Arme zu greifen, soll es darüber hinaus in 2014 und 2015 ausreichend Finanzspielraum geben, um Kostensteigerungen besser berücksichtigen zu können. Mit Verabschiedung des Beitragsschuldenentlastungsgesetzes erreicht die christlich-liberale Koalition gleichzeitig zwei weitere wichtige Ziele: Erstens leisten wir einen Beitrag, damit sich die Menschen trotz der

aufgedeckten Skandale vertrauensvoll für eine Organspende entscheiden können. Zweitens werden die Menschen entlastet, bei denen Beitragsschulden in der Krankenversicherung aufgelaufen sind bzw. die als Nicht-Versicherte gelten. Für die über 600.000 gesetzlich Versicherten in der „Beitragsschuldenfalle“ ist vorgesehen, den in der Großen Koalition eingeführten

Bezahlbarer Krankenschutz

Säumniszuschlag von 5 Prozent auf künftig 1 Prozent zu reduzieren; diese Absenkung soll auch rückwirkend gelten. Das erleichtert die Rückzahlung aufgelaufener Beitragsschulden spürbar. Bis zum Stichtag 31. Dezember 2013 kann jeder, der zu hohe Beitragsrückstände hat oder wegen zu hoher Beiträge bisher nicht versichert sind, unter vollständigem Schuldenerlass in den Krankenschutz gelangen. Darüber hinaus ist für Privatversicherte ein günstiger Notlagentarif mit Rückkehrmöglichkeit in den ursprünglichen Vertrag vorgesehen. Dadurch stellt die christlich-liberale Koalition sicher, dass alle Menschen den notwendigen Krankenschutz erhalten und dieser auch bezahlbar bleibt.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Deutschland steht in diesen Wochen zusammen und ein Foto zeigt dies in ergreifender Weise: Ein Mann im Rollstuhl füllt in der Nacht Sandsäcke an einem Damm. „Meine Arme sind in Ordnung, also kann ich auch helfen“, erklärt er. Es ist eine überwältigende Hilfsbereitschaft, die wir gerade überall erleben. Die Menschen stehen in beeindruckender Solidarität zu den vielen Tausend Opfern der Hochwasserkatastrophe. Ein herzliches Vergelt's Gott den unzähligen Spendern und natürlich den vielen tausend haupt- und ehrenamtlichen Helfern.

Das Ausmaß der Schäden wird jetzt jeden Tag deutlicher sichtbar. Klar ist jetzt schon: Der Wiederaufbau wird eine nationale Kraftanstrengung brauchen und diese wird es geben. Am Ende werden Schäden in Milliardenhöhe zu schultern sein. Unter Führung der Bundeskanzlerin haben sich alle Bundesländer darauf geeinigt, die notwendigen Hilfsprogramme gemeinsam zu tragen und ein umfangreiches Hilfspaket zur Bewältigung der Flutschäden beraten. Bis zu 8 Mrd. Euro werden in einem Solidaritätsfonds hierfür bereit gestellt. Ich bin zuversichtlich, dass sich auch die EU nach einem Antrag der Bundesregierung am Wiederaufbau solidarisch beteiligen wird.

Trotz des bedrückenden Ausmaßes der Hochwasserkatastrophe: Wir legen aufgrund der Hilfen kein anderes politisches Vorhaben zur Seite und für die Fluthilfe wird es auch keine höheren Steuern oder Abgaben geben. Es ist zur Bewältigung der Folgen jetzt noch wichtiger, dass wir den Unternehmen die Luft lassen, um in diesem Jahr und den kommenden Jahren für eine weitere positive Entwicklung von Wirtschaftslage und Arbeitsmarktzahlen sorgen zu können.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Reinhard Brandl MdB

Situation in der Türkei erfüllt die CSU-Bundestagsabgeordneten mit Sorge

Bundestag verurteilt Eskalation der Gewalt in der Türkei

Der Bundestag verurteilt fraktionsübergreifend die Eskalation der Gewalt in der Türkei. In einer Aktuellen Stunde auf Verlangen der Koalitionsfraktionen zeigten sich die Abgeordneten am Mittwoch besorgt über das teils brutale Vorgehen der Polizei gegen die seit Wochen in Istanbul und weiteren Großstädten Protestierenden, die gegen die Politik von Ministerpräsident Erdogan auf die Straße gehen.

Noch am Montag hatte Regierungschef Erdogan Gespräche mit den Demonstranten in Istanbul angekündigt - nun setzt er offenbar auf eine gewaltsame Lösung der Dauerproteste in der größten Stadt des Landes. Die Lage ist zurzeit mehr als unübersichtlich. Die Vorgehensweise der türkischen Regierung gegen Demonstranten und Regierungskritiker ist unvereinbar mit unseren europäischen Werten. Ministerpräsident Erdogan ist dringend aufgefordert, die Grund- und Menschenrechte zu gewähren. Dazu zählt auch das Recht auf freie Meinungsäußerung. Die Proteste hatten sich durch die Kritik an Erdogans Bebauungsplänen für den Gezi-Park in Istanbul entzündet. Inzwischen steht die türkische Regierung in der Kritik - insbesondere ihr Ministerpräsident



Foto: picture alliance / abaca

selbst. Das Land hat im Bereich der Menschenrechte noch viel zu tun. Seit 1999 ist die Türkei Beitrittskandidat der Europäischen Union. Die Verhandlungen wurden im Jahr 2005 aufgenommen. Die EU hat 1993 auf dem Europäischen Rat von Kopenhagen an die Beitrittskandidaten gerichtete Kriterien formuliert, die alle Beitrittsländer erfüllen müssen. Hierzu gehört unter anderem auch das politische Kriterium. Darunter

fallen institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten. Die Türkei entwickelt sich in vielen dieser Bereiche erkennbar rückwärts. Die Proteste in der Türkei zeigen es deutlich: Das Land ist nicht reif für einen EU-Beitritt.

Diese Woche

Koalition entlastet die Krankenhäuser

Soforthilfe für Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Milliarden Euro 1

Situation in der Türkei erfüllt die CSU-Bundestagsabgeordneten mit Sorge

Bundestag verurteilt Eskalation der Gewalt in der Türkei 2

Bundestag macht Weg für Bankenaufsicht frei

Einheitliche Aufsichtsstandards in Europa 2

Regierungserklärung zum 60. Jahrestag des Bundesvertriebenengesetzes

Regelungen für Spätaussiedler werden erleichtert 3

CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem Bayerischen Hausärzteverband

Hausärztliche Versorgung in Bayern muss flächendeckend sichergestellt werden 4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder. Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212

Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de

internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestag macht Weg für Bankenaufsicht frei

Einheitliche Aufsichtsstandards in Europa

Der Deutsche Bundestag hat am Donnerstag das Zustimmungsgesetz zur europäischen Bankenaufsicht beschlossen. Mit dem Gesetz können besondere Aufgaben der Bankenaufsicht auf die Europäische Zentralbank (EZB) übertragen werden.

In gut einem Jahr soll die europäische Bankenaufsicht ihre Arbeit aufnehmen. Die bei der Europäischen Zentralbank angesiedelte Behörde soll überwachen, ob die Banken auch solide wirtschaften. Die direkte Aufsicht der EZB konzentriert sich dabei auf „bedeutende“ Kreditinstitute der teilnehmenden Mitgliedstaaten. Kriterien dafür sind die Größe eines Kreditinstituts, seine Bedeutung für die Wirtschaft oder auch der Umfang seiner grenzüberschreitenden Tätigkeit. Kreditinstitute oder Konzerne mit einer Bilanzsumme von über 30 Milliarden Euro oder mehr als 20 % des Bruttoinlandsprodukts eines Mitgliedstaates gelten grundsätzlich als „bedeutend“. Unabhängig von diesen Kriterien beaufsichtigt die EZB min-



Foto: picture alliance / chromorange

destens die drei bedeutendsten Kreditinstitute eines jeden teilnehmenden Mitgliedstaats direkt. Zudem soll die EZB direkt solche Kreditinstitute beaufsichtigen, die vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSS) direkte Unterstützung beantragen oder erhalten. Mit der europäischen Bankenaufsicht werden einheitliche Aufsichtsstandards in Europa geschaffen und die Durchschlagskraft der Bankenaufsicht gestärkt. Damit die Europäische Bankenaufsicht auch umgesetzt werden kann, muss nun der Bundesrat dem Vorhaben zustimmen. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich am 5. Juli 2013 mit dem Gesetz befassen.

Regierungserklärung zum 60. Jahrestag des Bundesvertriebenengesetzes

Regelungen für Spätaussiedler werden erleichtert

Zum Zeichen der Verbundenheit hat der Deutsche Bundestag im Rahmen einer Regierungserklärung an das Inkrafttreten des Bundesvertriebenengesetzes vor 60 Jahren erinnert. Gleichzeitig hat sich die christlich-liberale Koalition für die Schaffung eines nationalen Gedenktages für Heimatvertriebene ausgesprochen und Erleichterungen bei der Härtefallregelung im Bundesvertriebenengesetz beschlossen.

Durch die Erweiterung der bestehenden Härtefallregelung des Bundesvertriebenengesetzes können unbillige Härten künftig besser vermieden werden. Nun können auch Fälle berücksichtigt werden, in denen der Ehegatte oder Abkömmling aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit beziehungsweise in einem vergleichbaren Fall nicht in der Lage ist, die erforderlichen Grundkenntnisse der deutschen Sprache zu erwerben. Viele Anträge mussten bisher aufgrund des Fehlens einer solchen Erweiterung abgelehnt werden. Im Ergebnis wird damit noch stärker als bisher dem Gedanken der Familienzusammenführung im Vertriebenenrecht Rechnung getragen. Rund zwölf Millionen Deutsche wurden nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat vertrieben. 4,5 Millionen Menschen kamen in den vergangenen



Foto: picture alliance / dpa

Frauen in sudetendeutscher Tracht beim 64. Sudetendeutschen Tag am 19. Mai dieses Jahres in Augsburg

Jahrzehnten als sogenannte Spätaussiedler nach Deutschland. Die christlich-liberale Koalition hat daher den ebenfalls am Donnerstag beschlossenen Antrag auf den Weg gebracht, nach dem sich die Bundesregierung bei den Vereinten Nationen dafür einsetzen soll, den Weltflüchtlingstag am 20. Juni um das Gedenken an Heimatvertriebene zu ergänzen. Dieser Gedenktag soll dann auch in Deutschland begangen werden. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich würdigte das Bundesvertriebenengesetz in der Regierungserklärung zum 60. Jahrestag als ein Dokument für gelebte Solidarität in Deutschland. Die Vertriebenen hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur materiell wiederaufgebaut, sondern auch wesentlich an den geistig-moralischen Grundlagen der Freiheitsordnung mitgearbeitet.

ergänzen. Dieser Gedenktag soll dann auch in Deutschland begangen werden. Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich würdigte das Bundesvertriebenengesetz in der Regierungserklärung zum 60. Jahrestag als ein Dokument für gelebte Solidarität in Deutschland. Die Vertriebenen hätten Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur materiell wiederaufgebaut, sondern auch wesentlich an den geistig-moralischen Grundlagen der Freiheitsordnung mitgearbeitet.

Antisemitismus bekämpfen



Foto: picture alliance / dpa

Jüdisches Leben fördern

In Deutschland gibt es nach wie vor einen erheblichen Antisemitismus. Für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft in unserem Land ist dieser Umstand nicht hinnehmbar. Aus diesem Grund hat der Bundestag am Donnerstag mit breiter Mehrheit beschlossen, Antisemitismus weiterhin entschlossen zu bekämpfen und jüdisches Leben in Deutschland nachhaltig zu fördern. Unter anderem soll die Bundesregierung unabhängige Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis zu Beginn der nächsten Wahlperiode mit einem Bericht zum Themenkomplex Antisemitismus in Deutschland beauftragen. Der Bericht soll konkrete Vorschläge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus unterbreiten. Auch an Schulen und außerschulischen Bildungseinrichtungen soll verstärkt über Antisemitismus aufgeklärt werden. Jeder Form des Judenhasses muss schon im Entstehen in aller Konsequenz entgegengetreten werden.

Tourismuspolitischer Bericht



Foto: picture alliance / Gavin Hellier / Robert Harding

Tourismus weiter auf Erfolgsspur

Tourismus gehört zu den boomenden und umsatzstarken Wirtschaftszweigen in Deutschland. Das geht aus dem tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung hervor, über den die Mitglieder des Deutschen Bundestags am Donnerstag debattiert haben. Danach ist der Tourismus weiter ein ökonomisches Schwergewicht und mit gut 2,9 Millionen Beschäftigten ein Jobmotor. 2012 konnte die Branche zum dritten Mal in Folge ein Rekordergebnis vermelden und mit 407,3 Millionen Übernachtungen pro Jahr erstmals die 400 Millionen-Marke übertreffen. Die christlich-liberale Koalition hat ihren Anteil an dieser eindrucksvollen Entwicklung und durch ihre Steuerpolitik dazu beigetragen, dass die Branche im internationalen Wettbewerb mit einem guten Preis-Leistungsverhältnis punkten kann: Das Beherbergungsgewerbe hat fast eine Milliarde Euro investiert und 2010 bis 2012 über 16.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen.

CSU-Landesgruppe im Gespräch mit dem Bayerischen Hausärzterverband

Hausärztliche Versorgung in Bayern muss flächendeckend sichergestellt werden

Der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, und die Gesundheitspolitiker der Landesgruppe, Johannes Singhammer, Max Straubinger und Stephan Stracke, haben sich in dieser Woche in Berlin mit Vertretern des Bayerischen Hausärzterverbandes zu einem Gedankenaustausch getroffen.

Der Vorsitzende des Bayerischen Hausärzterverbandes, Herr Dr. Dieter Geis, gab einen Überblick über die Situation der Hausärzte im Freistaat Bayern. Zugleich formulierte er die Forderungen des Verbandes im Hinblick auf die Bundes- und Landtagswahlen im Herbst dieses Jahres. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit den christlich-sozialen Abgeordneten stand die Sicherstellung der flächendeckenden hausärztlichen Versorgung in Bayern und die Bedeutung der hausärztlichen Versorgung für die



Foto: CSU-Landesgruppe
Der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller (3.v.r.) und die Gesundheitspolitiker Max Straubinger (1.v.l.), Johannes Singhammer (2.v.r.) und Stephan Stracke (1.v.r.) mit dem Vorstand des Bayerischen Hausärzterverbandes.

Ausbildung angehender Ärzte. Die Vertreter der Landesgruppe machten gegenüber dem Hausärzterverband deutlich, dass die Hausärzte eine zentrale Säule der ärztlichen Versorgung darstellen. Gleichzeitig betonten die CSU-Bundestagsabgeordneten, dass sie sich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger stets für den Erhalt der wohnortnahen Hausarztversorgung sowie eine bedarfsgerechte

Weiterentwicklung der qualitativ hochwertigen Hausarztversorgung im Freistaat Bayern einsetzen werden.

Euro-Hawk-Drohnen



Foto: Deutscher Bundestag / Werner Schüring

Opposition verlangt Einsetzung eines Untersuchungsausschuss

Bundesverteidigungsminister de Maizièrre konnte in dieser Woche erneut überzeugend darlegen, dass die Entscheidung zum Euro-Hawk richtig war. Es war richtig, einen Entwicklungsauftrag für eine unverzichtbare Aufklärungsfähigkeit der Bundeswehr zu Ende zu bringen, aber keinen Beschaffungsauftrag zu erteilen, weil es Probleme mit der Zulassung der Plattform der Drohne gibt. Dennoch fordert die Opposition nun die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Diesen Untersuchungsausschuss hält die Koalition für nicht erforderlich, da Bundesminister de Maizièrre bereits alle Informationen offengelegt hat. Vielmehr stellt die Forderung nach einem solchen Ausschuss - rund 100 Tage vor der Bundestagswahl - ein reines Wahlkampfmanöver der Opposition dar. Die christlich-sozialen Abgeordneten sind davon überzeugt, dass der Untersuchungsausschuss zeigen wird, dass der Minister nicht nur richtig, sondern auch zum richtigen Zeitpunkt gehandelt hat.

Bundeswehr



Foto: picture alliance / dpa

Bundestag beschließt Mandate für Kosovo, Libanon und Mali

Der Bundestag hat sich in dieser Woche mit drei wichtigen Bundeswehrmandaten befasst. Zum Einen hat er dem Antrag der Bundesregierung auf eine Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der Mission der Vereinten Nationen zur dauerhaften Befriedung des Kosovo (KFOR) zugestimmt. Danach kann die deutsche Beteiligung mit unveränderter Zielsetzung mit bis zu 1.850 Soldaten fortgeführt werden. Zum Anderen soll auch die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte im Libanon (UNIFIL) bis zum 30. Juni 2013 fortgesetzt werden. Gerade weil sich derzeit die Lage in der Region verschärft, ist Deutschlands Beitrag zur Stabilisierung des Libanon auch für Israel von großer Bedeutung. Auch in Mali sollen deutsche Streitkräfte zukünftig im Rahmen der sogenannten Multidimensionalen Integrierten Stabilisierungsmission (MINUSMA) mit bis zu 150 Soldatinnen und Soldaten befristet bis 30. Juni 2014 zur Stabilisierung wichtiger Zentren des Landes beitragen.